

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1924**

87 (22.9.1924)

Ersteinst  
Montag, Mittwoch,  
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Aussträger  
10 Pf. in 30 Tagen  
monatlich Goldmark 1.50  
treibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Verantwortlicher: Dr. 11.

Postfach 11  
Karlstraße Nr. 6903.

# Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung 1899

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 8 Goldpf.  
Sammler-Anzeigen 6 Goldpf.  
Reklamant: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 24 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und  
Lettteil 1/2 Pf.

Bei Wiederholungen (zeitlicher  
Rabatt, der bei Nachzahlung immer-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Ver-  
teilung und bei Konkurs erhöht).

Platzanzeigen werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen zu  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.

Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen wollen  
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 87.

Montag, den 22. September 1924.

85. Jahrgang

## Minister Hamm über die Wirtschaftslage.

### Warnung vor Illusionen.

Eine Rede von den Vertretern des Großhandels.

Berlin, 20. Sept. Der Zentralverband des deutschen Großhandels hält seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung im Reichswirtschaftsrat ab. Der Präsident des Zentralverbandes Dr. Kaven, gedachte in einer Ansprache auch der Lasten, die das Dawesgutachten dem Großhandel auferlege. Der Großhandel sträube sich nicht gegen diese Lasten, aber es liege doch der Gedanke nahe, ob sie nicht besser auf das ganze deutsche Volk verteilt werden wären. Die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen sei zu begrüßen. Aber jeder Versuch Belgiens und Frankreichs, widerrechtlich besetztes Gebiet als Kompensationsobjekt zu benutzen, müsse zurückgewiesen werden. Darauf nahm Reichswirtschaftsminister Hamm das Wort. Er überbrachte die Grüße und Wünsche der deutschen Reichsregierung und führte in seiner Rede über die deutsche Wirtschaftslage u. a. aus:

Bei der Generation des verlorenen Krieges dürfte die Zufriedenheitsstimmung nicht die Stimmung des Tages werden. Ein starkes Maß von Selbstkritik in Staat und Wirtschaft sei notwendig. So schwer er als Wirtschaftsminister auch die Belastung der deutschen Wirtschaft sehe, so bedeuteten doch die Londoner Ergebnisse einen Fortschritt insofern als zum erstenmal in der neuesten Geschichte die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt wurden. Die Reparationsfrage sei wieder zur Weltfrage geworden, und wenn der Geist des Paktes ehrlich innegehalten werde, sei auch eine Sicherung gegen politische Eingriffe gegeben.

Der Minister ging dann auf die bisherige Wirtschaftspolitik des Reiches ein, die die Heilung der Inflationskrankheit zum Ziele hatte und die vor allem die deutsche Wirtschaft wieder in den Weltzusammenhang stellen mußte. Mit allem Nachdruck müsse vor der Illusion gewarnt werden, daß sofort nach der Annahme der Londoner Abmachungen eine allgemeine Wirtschaftsbesserung sich durchsetzen werde, da die innere Kaufkraft noch zu gering und die Wirtschaftsvereinigung noch nicht weit genug fortgeschritten sei. Die von der Reichsregierung eingeleitete Verbilligungsaktion sei noch nicht zu Ende. Die Preise müßten noch weiter gesenkt werden.

Auf steuerlichem Gebiet seien noch Änderungen vorzunehmen. Steigerung des Inlandsabzuges und eine Hebung des Auslandsabzuges würden ihrerseits durch Verminderung des Leerlaufes eine günstige Wirkung auf den Wirtschaftsmarkt ausüben. Um aber die volle Entfaltung dieser Maßnahmen zu sichern, müßten auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft fallen, so u. a. die unwirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Preisprüfungswesens und der Devisengesetzgebung. Entsprechende Verhandlungen seien im Gange. Zur Aufrechterhaltung aller Betriebe, auch der nichtwirtschaftlichen, sei kein Raum mehr.

Der Minister macht dann nähere Angaben über die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz, die sich ja allmählich zum Besseren entwickelt habe, warnte aber dringend davor, aus der zahlenmäßig erreichten Aktivität für Juli und August allzu günstige Schlüsse für die günstige Gestaltung des deutschen Außenhandels zu ziehen. Deutschland sei von fast allen Ländern mit Defensivzöllen bedacht und mit Einfuhrverboten ferngehalten worden. Nun lasse der Geist des Sachverständigen-gutachtens die Aufhebung solcher Beschränkungen als notwendig erscheinen. Aber jetzt erheben sich in den Außenhandelsländern Stimmen über die Bedrohung ihrer nationalen Wirtschaft durch die Ueberflutung mit deutscher Ware. Jetzt, wo von einem deutschen Valutadumping nicht mehr gesprochen werden könne, rede man von einem sozialen Reparationsdumping Deutschlands.

Von einer Beschränkung der Arbeitszeit in Deutschland, England, Frankreich und Belgien erhofft der Minister, daß wenigstens auf dem Gebiet der Arbeitszeit von einem sozialen Dumping nicht gesprochen werden könne.

Hamm betonte in besonderen, daß Deutschland jetzt in voller Freiheit und ohne jede Bindung in

### Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

eintrete, in dem Bewußtsein, daß diese Verhandlungen für die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa grundlegend sein würden. So sehr auch uns an der Befreiung des Ruhrgebietes liege, so dürfe man doch nicht an deren Beschleunigung durch solche Verhandlungen denken, und die Rechte und Belange Deutschlands dürfe man nicht mit Fragen des Handelsvertrages vermengen. Eine Meistbegünstigung könne von Deutschland nur da gewährt werden, wo sie ihm ebenso von der Gegenseite zugebilligt werde.

Das Ziel könne für Deutschland nur das eine sein, in den internationalen Güterausgleich so schnell wie möglich aktiv hineinzukommen. Eine intensive Beteiligung Deutschlands daran und die Steigerung seiner Ausfuhr nach seiner Beratung und nach dem Verlust seiner Auslandsvermögen und nach dem Verlust seiner Kolonien, der nur ein zeitweiliger sein könne und dürfe, sei notwendiger als je.

Der Minister schloß: Wir verbünden uns, wie ich glaube, mit Geistesmächten, denen die Zukunft gehört, wenn wir mit solchen Gedanken an die Ordnung unserer außenhandelspolitischen Beziehungen herantreten. (Lebhafter und langanhaltender Beifall folgte seinen Ausführungen.)

## Dr. Schacht über die Geschäftshandhabung der neuen Reichsbank.

### Herabsetzung des Diskontsatzes der Golddiskontbank.

Berlin, 19. Sept. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Golddiskontbank machte der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, folgende Ausführungen: In der Erwartung, daß die als Voraussetzung des Dawesplanes erforderliche Anleihe von 800 Millionen Goldmark in Kürze zustande kommt, wird sich die Reichsbank rechtzeitig auf die allgemeinen währungs- und kreditpolitischen Forderungen aus der Neuordnung der Dinge einrichten müssen. Die bisherige Entwicklung der Devisensituation läßt erwarten, daß die Reichsbank mit Golddeckung in ein neues Bankgesetz hineingeht, das das bis jetzt wiedergewonnene Vertrauen in die Stabilität der Mark aufrechterhalten und zu verstärken geeignet ist. Allerdings ist auch zu erwarten, daß unter der neuen Ordnung und im Verfolg der schon jetzt von der Reichsregierung und der Reichsbank angeordneten Erleichterungen die Ansprüche an die Reichsbank künftig stärker sein werden als bisher. An der bisherigen, notgedrungenen Methode mehr oder weniger willkürlicher Kreditirritationen festzuhalten, kann unter der neuen bankgesetzlichen Ordnung nicht Wunsch der Reichsbank sein. Sie wird vielmehr den Bedürfnissen der Wirtschaft stärker folgen müssen, als dies bisher möglich gewesen ist. Diese Bedürfnisse sind nicht im Zahlungsverkehr begründet, sondern ergeben sich vielmehr aus der vorhandenen Kapitalknappheit. Die Entwicklung läßt sich schwer übersehen. Es erscheint mir jedenfalls zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit mit einer Ermäßigung des Reichsbankdiskonts — so wünschenswert er an sich wäre — zu rechnen sein wird.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Golddiskontbank. Die Inanspruchnahme der Golddiskontbank bedingt in keiner Weise eine Belastung der deutschen Währung. Die Kredite der deutschen Golddiskontbank decken sich alle aus dem Erlös der hereinkommenden Wechsel in ausländischer Valuta wieder ab. Ich glaube, daß es sicherlich nützlich sein wird, wenn wir bei der Golddiskontbank die bestehenden Möglichkeiten, Kredite zu geben, noch etwas erleichtern. Die von uns im Ausland gesicherte Rediskontmöglichkeit wurde bisher nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt, da die Reichsbank infolge der gebesserten Devisensituation in der Lage war, selbst als Rediskonteur für die Golddiskontbank aufzutreten. Ich glaube aber, daß es den Uebergang Deutschlands zur goldgedeckten Markwährung erleichtern wird, wenn wir die in der Golddiskontbank vorhandenen Reserven bis auf weiteres für die deutsche Wirtschaft noch entsprechend nutzbar machen. Aus diesem Grunde beschloß der Vorstand und Arbeitsausschuß der Golddiskontbank, Ihnen die Herabsetzung des Diskontsatzes der Golddiskontbank von 10 auf 8 Prozent zu empfehlen. Der Aufsichtsrat faßte einen entsprechenden Beschluß.

## Die Abrüstungskontrolle im Völkerbundsrat.

Paris, 20. Sept. Der Völkerbundsrat hat sich gestern vormittag, wie aus Genf gemeldet wird, im Verlaufe einer nichtöffentlichen Sitzung mit der Frage der Ausübung der Abrüstungskontrolle in Deutschland, Bulgarien, Oesterreich und Ungarn befaßt. Es kam ein Bericht zur Sprache, mit dessen Abfassung die ständige militärische Kommission des Völkerbundes schon seit geraumer Zeit beauftragt worden war.

Der Bericht, der erst heute abgeschlossen vorliegt, empfiehlt die Einsetzung eines aus militärischen Sachverständigen und Zivilpersonen bestehenden Kontrollausschusses, der sich zur Verfügung des Völkerbundsrates hält und jedesmal erst auf besondere Entscheidung des Rates zu einer Nachprüfung der Abrüstung in den genannten Ländern schreiten wird. Die vorzunehmenden Nachprüfungen müssen von dem Rat mit Mehrheit beschlossen werden. Die Mitglieder des Kontrollausschusses werden von den in dem Rate vertretenen Nationen ernannt. Die ständige Militärkommission schlägt, wie aus dem Gutachten hervorgeht, weiter vor, daß außer den im Rate vertretenen Ländern auch diejenigen, die die Friedensverträge unterzeichnet haben, ein Recht erhalten, an den Nachprüfungen teilzunehmen. Die Grenzländer der Staaten jedoch, die Gegenstand der Nachprüfung sein werden und nicht die Verträge unterzeichnet haben, wie z. B. die Schweiz, brauchen weder die Verantwortung noch die Bürde dieser Nachprüfungen auf sich zu nehmen. Eine Reihe von Staaten hat dem Wunsch Ausdruck verliehen, an den Beratungen des Völkerbundsrates betreffend die Abrüstungskontrolle teilzunehmen. Auf Veranlassung Henry de Jouvenels war ein juristischer Ausschuß mit der Abfassung eines Gutachtens über diesen Antrag beauftragt worden. Das Gutachten ist ablehnend ausgefallen.

### Der Termin der Abrüstungskonferenz.

Genf, 19. Sept. Heute abend ist in der 4. Kommission des Völkerbundes, die unter Vorsitz von Benesch tagte, die Entscheidung über die Einberufung der Abrüstungskonferenz erfolgt. Die Abrüstungskonferenz soll danach spätestens bis 15. Juni nächsten Jahres einberufen werden, nachdem das Protokoll, das aus der fünften Völkerbundsversammlung hervorgehen wird, bis zum 15. Mai nächsten Jahres ratifiziert sein wird. Zu der Abrüstungskonferenz werden sämtliche Staaten, auch die Nichtmitglieder des Völkerbundes, eingeladen.

## Die „unerwünschten“ Pfälzer.

München, 19. Sept. Die Liste der sogenannten unerwünschten Pfälzer, deren Ausweisung noch einem Beschluß der Rheinlandkommission nicht zurückgenommen wird, umfaßt 100 Personen. Die Befürchtung der pfälzischen Bevölkerung, daß die Liste der sogenannten unerwünschten Pfälzer sehr umfangreich werde, hat sich also zur größten Bestätigung des gesamten pfälzischen Volkes als richtig erwiesen. Die pfälzische Bevölkerung erwartet, daß die Regierungsstellen alle Hebel in Bewegung setzen, damit den bedauernden Pfälzern, denen durch den Beschluß der Rheinlandkommission die Heimat verschlossen bleiben soll, die Rückkehr ermöglicht wird und daß die den Buchstaben und Sinne des Londoner Abkommens widersprechende Maßnahme rückgängig gemacht wird, zumal sie noch nicht endgültig sein soll. Wenn die Rheinlandkommission sich weiter hin weigert, sich auf den Boden des Londoner Abkommens zu stellen, so erwartet die pfälzische Bevölkerung, daß die deutsche Reichsregierung in der Ausgewiesenen-Frage die Entscheidung des im Londoner Pakt vorgesehenen unparteiischen Schiedsgerichtes anruft. Daß die Maßnahme der Interalliierten Rheinlandkommission dem Londoner Abkommen widerspricht, darüber kann vor einer unparteiischen Instanz nicht der geringste Zweifel obwalten; denn in dem Londoner Abkommen ist ausdrücklich nur von Einzelfällen die Rede, kein objektiv Denkender wird jedoch behaupten können, daß es sich bei 100 Personen um Einzelfälle handle, selbst wenn man den Begriff Einzelfall noch so weit steckt.

Diese Meldung wird in einer Bekanntmachung der deutschen Abordnung in Koblenz demontiert. Sollte sich das Dementi bewahrheiten, so wäre das ein erfreulicher Erfolg des einmütigen Protestes der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Verschleppung in der Erfüllung des Londoner Abkommens.

## Eszt französische Gedankengänge.

Paris, 18. Sept. Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel u. a. auch mit der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Der Reichsaussenminister hält es vor jeder offiziellen Demarche für nützlich, sich über die Aufnahme, die Deutschland in Genf vorbehalten worden sei, in London und Paris zu unterrichten. Nach Ansicht des Blattes hätten die Reden Macdonalds und Herriots in der Völkerbundsversammlung ihn hierüber vollkommen aufklären müssen. Was Dr. Stresemann wirklich wissen wolle, sei, sich Gewißheit zu verschaffen, daß die Bedingungen, die er stellen wolle, angenommen werden. Unter diesen Bedingungen befände sich die formelle Forderung, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte und daß man von ihm nicht eine neue Anerkennung der Kriegsverantwortlichkeit, noch eine Zusatzverpflichtung über seine Entwaffnung und die Erfüllung der Reparationen verlangen werde. Mit anderen Worten: Deutschland freue sich, daß man die Regel zur Anwendung bringe, die dem Wortlaut und dem Geiste des Völkerbundsstatuts entspricht. Wenn man die Schwäche (!) begehen würde, derartigen Forderungen nachzugeben, und der Nation, die sich des größten Verbrechens der Geschichte (!) schuldig gemacht habe, eine solche Vorzugsbehandlung zu gewähren, der Nation, die bis jetzt nicht in sich gegangen (!) sei, noch repariert habe, dann würde man dieser Nation eine Ausnahmestellung in der ersten Reihe der Großmächte zu sichern und man würde in gefährlicher Weise alles erleichtern, was darauf abzielt, die durch den Sieg der Alliierten in Europa geschaffene Lage umzustoßen. (!) Deutschland habe den Friedensvertrag unterzeichnet, fordere aber jetzt die Revision. Unter diesen Umständen sei es schwer, der Berliner Regierung Vertrauen entgegenzubringen.

## Nitti über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Verträge.

Ein Vertreter der „United Press“ hatte mit dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine Unterredung. Er bezeichnet die augenblicklichen Verträge als absurd. Niemand könne glauben, daß alle Nationen die augenblickliche Regelung bezüglich Oberschlesien, die sowohl der Versailler Vertrag, wie auch den Abstimmungsergebnissen widerspreche, und die Regelung des völlig absurden polnischen Korridors garantieren sollen. Auch die Einverleibung rein deutscher Gebiete in den polnischen und tschechoslowakischen Staatsverband sei unhaltbar. Diese Gebiete könnten unmöglich für alle Zeiten von Deutschland getrennt bleiben. Niemals würden die Vereinigten Staaten dieserhalb gegen Deutschland oder Rußland zu den Waffen greifen. Die augenblickliche Formel der gegenseitigen Abkommen sei nur ein System, um Gewalt billiger anwenden zu können. Ohne Revision der gegenwärtigen Verträge könne ein wirklicher Friede niemals erreicht werden. Auch gegen den Dawesplan äußerte sich Nitti äußerst pessimistisch. Deutschland sei ein gequältes Land. Es habe schon mehr geleidet, als es eigentlich könne. Der Dawesplan setze die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands voraus; diese Freiheit sei aber in London nicht wiederhergestellt worden.

## Französische Auffassung der innerpolitischen Lage Deutschlands.

Paris, 19. Sept. Fortgesetzt verfolgt die französische Presse die Entwicklung der politischen Krisis in Deutschland mit großem Interesse. Das allgemeine Urteil geht dahin, daß Deutschland, seit der Verabschiedung der Dawesgesetze eine latente Krisis durchmache, die aber jetzt so oder so in ihr entscheidendes Stadium trete. Man erwartet vom letzten Kabinettsrat in Berlin am Montag eine Klärung der Gesamtlage. Aber diese erfolgte nicht oder wurde verschoben und man ist auf die Weiterentwicklung um so gespannter. In diesem Zusammenhang ist der deutsche Leitartikel des „Temps“ nicht ohne Interesse. Das offiziöse Blatt der französischen Regierung behauptet, daß es Marz dank der Unterstützung Eberts nicht allzu schwer

gefallen sei, den Widerstand seines Außenministers zu brechen, trotz dessen Unterstützung durch die Deutschnationalen. Gegenwärtig wolle man Zeit gewinnen, bis man einigermaßen klar sehen könnte, ob eine Rechts- oder Linkspolitik zu befolgen sei. Bei der Beurteilung der deutschen Krise, so heißt es weiter, müsse man Rücksicht nehmen auf innen- und außenpolitische Gründe. Innenpolitisch beabsichtige man die Schaffung eines Bürgerblocks, durch den die Deutschnationalen die Herren der Situation würden. Außenpolitisch drehe es sich um eine Neuorientierung der gesamten deutschen Politik gemäß den Londoner Verträgen und der Ausführung des Dawesplanes. Die Deutschnationalen seien für eine unmittelbare Notifizierung der Kriegsschuldnote, aber gegen den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Linksparteien vertreten genau den gegenteiligen Standpunkt. Wie dem auch immer sei, ungeklärt sei die Frage, ob das Kabinett Marx eine Rechts- oder Linkspolitik wolle.

Deutschlands angebliche Absichten.

London, 20. Sept. Der Berliner Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, daß die neuerdings von der deutschen Regierung durchgeführten Sondierungen bezüglich der Aussichten eines deutschen Antrages auf Eintritt in den Völkerbund so günstig verlaufen sind, daß die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag nicht mehr die Frage zu prüfen brauche, ob es zweckmäßig sei, einen derartigen Antrag zu stellen, sondern daß das deutsche Kabinett nur die Frage prüfen werde, in welcher Form der Antrag gestellt werden soll. Der Berichterstatter meldet, daß Deutschland wahrscheinlich nach seinem Eintritt in den Völkerbund zwei Anträge stellen werde; der erste Antrag bezwecke eine neue Verteilung aller kolonialen Mandate, damit Deutschland wieder einen angemessenen Anteil an den Kolonialländern der Erde erhalte, und ein zweiter deutscher Antrag werde wahrscheinlich den Völkerbund auffordern, an alle Länder, die am Weltkrieg teilnahmen, die Einladung zu richten, ihre Archive sofort zu öffnen, damit eine unparteiische Untersuchung der Kriegsschuld stattfinden könne.

(Eine offiziöse Berliner Meldung hat bereits festgestellt, daß solche Anträge zwar in der Tendenz der deutschen Politik liegen müßten, daß aber die Absicht, sie sofort zu stellen, nicht besteht. Schriftl.)

Verhandlungen zwischen Marx und Nansen über Eintritt in den Völkerbund.

Berlin, 20. Sept. Der Völkerbundsdelegierte von Norwegen Frithjof Nansen ist von Genf zum Besuch des Reichskanzlers Marx nach Sigmaringen gereist, um dort mit ihm über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu sprechen. Nansen, der freilich weniger mit den politischen als mit den karitativen Aufgaben des Völkerbundes zu tun hat, der aber ein prominenter Befürworter der Völkerbundsdebatte überhaupt ist, weilt seit zwei Tagen beim Reichskanzler. Es ist hier nicht bekannt, ob er im Auftrage des Rates, oder anderer Mitglieder des Völkerbundes zum deutschen Reichskanzler gereist ist.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit England, Belgien und Frankreich.

Berlin, 19. Sept. Während die Vertreter der belgischen Regierung sich zur Vorbereitung eines Handelsvertrages bereits in Berlin befinden und nächste Woche englische Vertreter wegen Vorbereitung deutsch-englischer Handelsvertragsverhandlungen in Berlin eintreffen werden, dürften die ersten Schritte zur Anbahnung eines Handelsvertrages auch mit Frankreich in Paris erfolgen. Wie wir erfahren, ist der Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium mit der Führung der nach Paris zu entsendenden Abordnung betraut worden, die in den ersten Oktobertagen die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag aufnehmen wird. Ihnen ist eine hohe Persönlichkeit des gleichen Ministeriums, sowie eine Anzahl Wirtschaftspolitiker beigegeben worden.

Sonderbelastung deutscher Waren in Frankreich.

Paris, 20. Sept. Durch Dekret des Präsidenten der Republik unter Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten, des Finanzministers, des Handelsministers, des Ministers für die befreiten Gebiete und des Ministers des Innern wird das Gesetz vom 21. April 1921, das die Einführung des „recovery act“ für Frankreich vorsieht, ab 28. Sept. in Kraft gesetzt. Nach diesem Dekret sind 28 Prozent der eingeführten Waren, ob sie direkt oder indirekt nach Frankreich gehen, an den

Staat zu entrichten. Das Dekret bezieht sich auf deutsche Waren, die von einem Kaufmann oder Industriellen in anderen Ländern gekauft wurden, und auf Waren, die in anderen Ländern fabriziert sind, bei denen aber die deutschen Rohmaterialien und die deutsche Arbeit mindestens 50 Prozent des Gesamtwertes darstellen.

Der polnische Bluff in Genf.

Seit Monaten betreibt Polen eine veränderte Politik gegenüber dem Völkerbund, die ganz besonders auf die gegenwärtige Völkerbundtagung berechnet ist. Polen möchte nicht mehr als ständiger Angeklagter wegen Minderheitenbedrückung vor dem Völkerbund erscheinen. Es hat erkannt, daß Opposition und Polemik gegen den Völkerbund seine Lage nur verschlechtert. Also geht es, einen anderen Weg zu finden. Der gerade und einfache Weg wäre nun, die Minderheiten loyal und menschenwürdig zu behandeln. Aber dieser Weg, wie gerade Wege überhaupt, entsprechen polnischer Mentalität eben nicht, und infolgedessen hat man es von Warschau aus folgendermaßen verjagt: Man sucht dem Völkerbund vorzutäuschen, daß Polen eine völlige Umkehr in seiner Minderheitenpolitik vorgenommen hat, und hofft, daß dieser Bluff in Verbindung mit der begreiflichen Neigung des Völkerbundes, heiklen Fragen aus dem Wege zu gehen, soweit nicht ein mächtiger Staatenkonzern sich für sie einsetzt, den gewünschten Erfolg zeitigt. Es ist bekannt, wie die polnische Regierung eigens zu diesem Zweck mit großer Geheime eine Reihe von Minderheitengebietern durchgepeitscht oder angekündigt hat, die eben lediglich zum Export nach Genf bestimmt waren.

Die Haltung des polnischen Außenministers und ersten Völkerbundsdelegierten Skrzynski beweist diesen von allen Sachkundigen von vornherein erkannten Zweck unverkennbar. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht beispielsweise eine telegraphische Meldung der Warschauer „Rzeczpospolita“ vom 11. September, „Skrzynski“, heißt es hierin, führte die Tatsachen an, die die günstige Lage der Minderheiten in Polen beweisen. (1) Zuerst legte er den deutsch-polnischen Konflikt in der Staatsangehörigkeitsfrage dar und hob hervor, daß Polen diese Frage auf den Weg des Schiedsgerichts geleitet habe. Dann erwähnte er die letzten Sprachengesetze für die östlichen Wojewodschaften. Endlich machte er Mitteilung von dem Plan zur Begründung einer ukrainischen Universität. Hierbei schloß er mit den Worten: Die polnische Regierung hat definitive Maßnahmen zur Errichtung einer provisorischen polnischen Universität in Krakau getroffen, in der Erwartung ihrer späteren Verlegung nach Lemberg. Aber — so fährt die Meldung fort — „Sofort nach der Rede wurde das Protokoll durch Streichung der letzten Worte „In Erwartung ihrer späteren Verlegung nach Lemberg“ berichtigt.“

Zu bemerken dazu ist folgendes: Der Streit um die Staatsangehörigkeitsfragen zwischen Deutschland und Polen ist nichts weniger als rühmlich für Polen, und daß Polen, nachdem es 900 000 Deutsche vertrieben hat, in eine schiedsrichterliche Entscheidung gewilligt hat, ist wahrlich kein Verdienst. Was aber den Wert der polnischen Minderheitenpolitik gegenüber den Ukrainern, Weißrussen usw. anbetrifft, so beleuchtet die „Berichtigung“ des amtlichen Protokolls blitzartig deren wahren Charakter und die versteckten polnischen Absichten hierbei. Die ukrainische Universität hätte eine wirkliche Bedeutung nur in Lemberg. Das weiß auch Skrzynski. Er redet so, als sei die Verlegung dieser Universität nach Lemberg beabsichtigt (übrigens ist sie bisher auch in Krakau noch nicht begründet). Und dieser einzige wesentliche Abzug seiner Rede wird wieder gestrichen, nachdem er auf das Publikum gewirkt hat. Diese Taktik bedarf wohl keiner Erläuterung. — Ob Polen sein Doppelspiel in den Minderheitenfragen glückt, ist trotzdem eine Frage. In Genf hat Macdonald von dem Fehlspruch des Völkerbundes über Oberschlesien gesprochen. Lloyd George und Rakowski haben sich in den letzten Wochen über das „gegen den Willen der Bevölkerung von Polen okkupierte Ostgalizien“ geäußert. Tatsachen lassen sich auf die Dauer eben schwer in ihr Gegenteil umbeuten.

Lord Grey über Macdonalds Außenpolitik.

Anerkennung für sein Wirken in der Reparationsfrage. Ablehnung des russischen Vertrages.

London, 19. Sept. In einer Rede, mit der Lord Grey gestern nachmittag in Edinburgh eine liberale Versammlung eröffnete, beschäftigte er sich eingehend mit der Außenpolitik der Arbeiterregierung. Er trat in jeder Beziehung für das Londoner

Abkommen ein, das ein Übereinkommen zwischen Deutschland, Frankreich und England über die Reparationszahlungen herbeigeführt habe. Das Abkommen sei geeignet, die Grundlage für den Frieden und die europäischen Beziehungen zu schaffen. Man müsse dem Premierminister in vollem Umfange Anerkennung zollen für den regen Anteil, den er daran gehabt habe, daß eine Verständigung herbeigeführt sei, an der der gute Wille Frankreichs und die deutsche Vernunft gleichfalls dienlich beteiligt seien. Die Arbeiterregierung habe eine Völkerbundsdelegation getrieben und sei bereit, den Schiedsgerichtsgedanken zu fördern.

Der russische Vertrag sei der dunkle Punkt der Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung und stelle einen schweren politischen Fehler dar. Es sei richtig gewesen, die russische Regierung anzuerkennen, aber es sei auch notwendig, die Wahrheit über den Charakter dieser Regierung nicht zu verheimlichen. Die Regierung sei entstanden durch Massaker und Terror und stelle einen Despotismus dar, der sich in nichts von dem Despotismus der Zarenregierung unterscheide. In Rußland herrsche keine Freiheit in Wort oder Schrift oder Bekenntnis. Das seien alles keine Gründe, um die diplomatische Anerkennung Rußlands abzulehnen, aber es seien Gründe, die dazu führen könnten, daß man die russische Regierung nicht günstiger behandle als alle anderen ausländischen Regierungen. Es sei nicht gerechtfertigt, Rußland eine wärmere Freundschaft zu erweisen als Frankreich, den Vereinigten Staaten oder Deutschland. Man behaupte, daß die Anleihe an Rußland im Interesse des englischen Handels gegeben werde. Die radikale Methode der russischen Regierung habe das russische Kapital zerstört.

Lloyd George hat gestern abend der Presse folgende Erklärungen über seine Stellungnahme zum russischen Vertrag zur Verfügung gestellt: „Meine Kritik des russischen Vertrags beschränkt sich darauf, die Garantien zu beanstanden, die England für eine russische Anleihe leisten soll, weil die Sicherheiten die Rußland für seine Garantie bieten kann, unzureichend sind und weil keine Kontrolle vorgesehen ist für die Ausgabe desjenigen Teils der Anleihe, den die russische Regierung im eigenen Lande zu verwenden gedenkt. Ferner ist zu beanstanden, daß die russischen Forderungen an England nicht begrenzt worden sind, bevor die Anleihe aufgebracht werden soll. Es ist ferner bedenklich, daß wir Kapital herausgeben, das wir so nötig für die Entwicklung unserer eigenen Wirtschaft und der Wirtschaft der Kolonien brauchen.“

Macdonalds Stellung stark erschüttert.

Jeder Tag bringt neue Gegner.

London, 18. Sept. Die Opposition gegen den englischen Premierminister, die sich in den letzten Wochen bemerkbar gemacht hat, unterscheidet sich wesentlich, wenigstens dem äußeren Anschein nach, von derjenigen, die ihm auf seinem bisherigen Amtsweg begegnet ist. Das zeigt sich in einer ganzen Reihe von Symptomen. Ob der Ruffen-Vertrag ob die Wetterfrage letzten Endes gelöst werden können oder nicht, ist zunächst bei dieser Betrachtung gleichgültig. Aber es ist bemerkenswert, daß sich gegen die Maßnahmen der Regierung heute ganz andere Kreise einsetzen als früher. So hat der Reichverband der englischen Industrie, eine Zentralorganisation, die fast alle Industrien Englands umfaßt, gegen den russischen Vertrag offiziell Stellung genommen. Gleichzeitig hat sich die Handelskammer dagegen ausgesprochen. Daß die Konservativen dagegen sind, versteht sich von selbst. Jeder Tag bringt neue Gegner. Selbst in der Arbeiterpartei machen sich viele Widerstände bemerkbar. Sir Erik Geddes, der Präsident des Reichverbandes der englischen Industrie, sagte, daß nach Meinung der englischen Industriellen der Vertrag nicht geeignet wäre, die englischen Handelsinteressen in Rußland zu fördern oder brauchbare Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen. Die diesbezüglichen Artikel des Vertrages seien für die englischen kommerziellen Interessen sowohl für Rußland als auch für die anderen Länder nachteilig und bedeuteten die Aufgabe von Rechten und Privilegien, die wesentlich für die Wohlfahrt der englischen Industrie sind. Die Föderation der englischen Industrie hat sogar bestimmt, daß diese Vertragsentwürfe nicht ratifiziert werden dürfen. Der Vertrag sei ein unbefriedigendes Dokument, von jedem Gesichtspunkt aus betrachtet. Ein besonderer Punkt der Kritik ist die Tatsache, daß die Anerkennung der finanziellen und ökonomischen Lage der Sowjetunion die volle Befriedigung der englischen Ansprüche unmöglich mache, weil sie nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Der Vorschlag, eine Anleihe zu garantieren, wäh-

Gundula.

Roman von A. von Trystedt.

10) „Das mag alles sein. Aber wenn du die Tränen meiner Mutter, ihre flackernden Blicke gesehen hättest, die sich in scheuer Hoffnung auf jeden Brief hefteten, der in unser Haus kam, so würdest du anders sprechen. Man kann nicht nur an sich selbst denken, und die Sorge einer Mutter sollte jedem Sohn heilig sein. Diese Empfindungen gelten meiner lieben Toten, Abgesehen davon freue ich mich natürlich unbeschreiblich über den mir wiedergegebenen Bruder. Wie ich dir schon sagte, harmonisierten wir, wie selten Geschwister. Und wenn er eines Tages heimkehrt, wirst du den besten Freund an ihm haben. Wer weiß, wie er dir noch einmal nutzen kann.“

„Vergleichen sollte man gar nicht aussprechen, Kind, ich wünsche nichts mehr, als daß ich niemals in die Lage komme, um jemandes Freundschaft benötigt zu sein.“

Klara verstand sich mit ihrem Manne heute nicht so gut, wie zu jeder anderen Zeit. Sie war aber fast willig genug, die kleine Verstimmung schweigend zu übergehen.

Vielleicht bedauerte er heimlich doch, seinen Jungen, auf den er so stolz war, gegünstigt zu haben, vielleicht trugen auch geschäftliche Widerwärtigkeiten die Schuld.

Jedenfalls verließ der Nachmittag in ziemlich gedrückter Stimmung, Eicke hielt sich in seinem Arbeitszimmer auf, Klara schrieb an ihren Bruder, und Erwin hatte Stubenarrest. Der schöne große Garten lag verödet da.

5. Kapitel.

Das Weihnachtsfest stand vor der Tür.

Anheimlich schnell glitten die Tagesstunden dahin. Schon um vier Uhr war man gezwungen, die Lampe anzuzünden. Wunderbar traulich und licht waren diese Nachmittagsstunden in der Villa Eicke. Wie ein schöner Traum flossen sie dahin.

Unter dem Einfluß der sanftmütigen Hausfrau, die in ihrer stillen Art alles zu schlichten, zu begütigen wußte, war der Geist der Ziertracht und des Klatsches gewichen.

Alle liebten die blasse, anmutige Frau, die mit fragenden Blicken regierte, niemals tadelte und doch unbedingten Gehorsam und Respekt erzielte.

Dabei entging ihrem klaren Blick kein Versehen, und sie verstand es, die Dienstboten zu musterhafter Ordnung anzuhalten, ihnen Pflichttreue und Ergebenheit einzuimpfen.

Selbst die unartigen, trostigen Stiefkinder hatten sich ihrem sanften, aber starken Willen gebeugt. Vera hing mit einer schwärmerischen Zärtlichkeit an ihrer Mama, und auch Erwin war zutraulicher und anhänglicher geworden. Es vergingen Tage, wo er sich musterhaft führte, und brach dann sein zügelloses Temperament wieder durch, so empfand er jedesmal hinterher bittere Reue darüber, das erste Anzeichen eines ernstlichen Strebens nach Besserung.

Klara erkannte recht wohl, was in dem Knaben vorging, und ehrliche Freude über seinen Eifer, sich aus den Bänden unerträglicher Fehler zu befreien, erfüllte sie.

Sie war ängstlich bemüht, seine Unarten vor dem Vater zu verbergen; denn sie fürchtete mit Recht, daß Eicke dadurch, daß er den Knaben im ersten Jörn hart und unerbittlich strafte, mehr verderben als bessern könne.

Seit jener Züchtigung, die Erwin im Garten erhalten, wußte er, daß der Vater nicht fackelte, besonders, wenn es sich um eine Ungezogenheit gegen die Mama handelte, und er richtete sich danach.

Dadurch aber, daß er sich zusammennahm, sich Mühe gab, wurde ihm ein bescheidenes Wesen zur zweiten Gewohnheit.

Oft strich Klaras weiße, schlanke Hand liebevoll über Erwins Scheitel, und zärtlich walkte es dann in dem ungesunden kleinen Herzen auf. In solchen Momenten wäre er für die Mama durchs Feuer gegangen.

Aber er war ja noch ein Kind, unfähig, klar zu denken und zu handeln. Und es kam nicht selten vor, daß seine unausstehlichen Fehler überhandnahmen, ein Schrecken seiner Umgebung wurden.

Der Junge war überaus reizbar, und ein kleiner Anlaß konnte seinen guten Willen vollständig unterjochen, sein böses Blut in gefährliche Wallung bringen.

Die kleine Vera dagegen versprach, das geistige Ebenbild ihrer herzigen, liebenswerten Stiefmutter zu werden. Für sie waren dies beneidenswert glückliche Kindertage. Wie ein Schmeicheltüchchen war sie um die Mama herum, ihre Bewegungen, ihre Worte nachahmend, doch auf die Wünsche ihres Bruders gleichzeitig achtend.

Einen Zug von Hochmut und Willkür hatte auch sie in ihrem Wesen, das war noch die Nachwirkung von Eugenes Launen und Taktlosigkeiten.

Aber mit herznüchter Freude beobachtete Klara die reizende Entwicklung des kleinen, begauberten Geschöpfes. Vera versprach, dermalig eine außerordentliche Schönheit zu werden. Die prachtvollen, dunklen Augen und der samtweiche, rosige Teint bildeten im Verein mit dem rosigen Mund, dem dunklen, eigenwillig gelockten Haar einen Gesamteindruck, der schon jetzt bestrickend wirkte.

Heute sollten Rüsse vergoldet werden. Auf dem großen runden Eschenschiff im Wohnzimmer lag alles dazu bereit. Die Kinder durften helfen. Erwin hatte gebeten, seinen Freund Adolf, den Sohn des Kuttscher, einladen zu dürfen, und Klara hatte es gern erlaubt; denn Adolf war ein bescheidener, wohl-erzogener Junge von acht Jahren, der eine gute Schule besuchte.

Wie ein Lichtstrahl glitz Klaras weißes Kleid durch die hellerleuchteten, von Blumenduft durchwehten Räume. Auf ihrem zarten Gesicht lag der Sonnenglanz reinsten Herzensglühes. Aus der Seidenschleife, die über dem Taillenschluß das faltige Gewand lose zusammenhielt, lugte eine dunkelglühende Nase hervor, das Haar trug sie zu Locken aufgesteckt, von denen einzelne ihr über die Schultern fielen, als hätten sie sich eigenwillig aus dem mit kleinen Brillanten geschmückten Schildepattkamm gelöst.

Ja, wie eine Göttin feilscher Schönheit und Harmonie mußte sie jedem erscheinen, und doch war es, als schreite neben ihr ein dunkler Schatten, sie auf Schritt und Tritt verfolgend.

Eicke wenigstens hatte dieses Gefühl, so oft er sie in ihrer vollendeten Anmut und frauenhaften Schönheit vor sich sah.

rend die Regierung nicht in der Lage zu sein behauptet, die vorhandenen Verpflichtungen zu übernehmen, wird von der Föderation als phantastisch bezeichnet.

Der Bürgerkrieg in China.

Zusammenbruch der Verteidigungstruppen.

London, 19. Sept. Reuter meldet aus Schanghai: Die erste und die zweite Armee von Tschekiang revoltierten. Es begann ein neuer Angriff bei Luho. Es verlautet, daß die Truppen von Kiangsu die Linie von Tschekiang in der Nähe von Tching durchbrochen haben und daß Hangchow geräumt ist. Diese Nachrichten verursachten eine beträchtliche Aufregung in Schanghai. Die ausländischen Freiwilligen wurden mobilisiert. Nach einer weiteren Reutermeldung aus Schanghai scheint der Zusammenbruch der Truppen von Tschekiang, die Schanghai verteidigen, bevorzuzutreten.

Schanghai bedroht.

Paris, 19. Sept. Aus Schanghai wird gemeldet: Die Ereignisse haben eine überaus sensationelle Wendung genommen. Der General Pei-Ko-Kan der Tschekiang-Truppen hat sich mit seiner Armee dem General Sun-Chan-Fang ergeben. In Hang-Cho hat der Zivilgouverneur der Provinz Tschekiang eine Unabhängigkeitsproklamation erlassen. Lu-Yung-Hiang hat sich nach Schanghai geflüchtet. Die Streitkräfte an der Lu-Ho- und der Wang-He-Front bei Schanghai halten noch stand, man rechnet aber damit, daß sie jeden Augenblick zurückfließen und Schanghai in die Hände der Kiangsu-Truppen fallen wird. Ueber das Fremdenviertel ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die auswärtigen Truppenabteilungen halten Gewehr bei Fuß. Die Tschekiang-Truppen haben gestern nachmittags verschiedene Schuppen erlitten. Schanghai ist mit Flüchtlingen überfüllt. Ihre Zahl beläuft sich auf ungefähr 1 Million. Die siegreichen Kiangsu-Truppen haben es auf die Woo-Sung-Forts abgesehen, in deren Nähe sich die amerikanischen Marine-Abteilungen aufhalten. Drei amerikanische Zerstörer haben klar zum Gesecht gemacht. Einzelheiten der Kämpfe fehlen, da die Berichterstattung allgemein ist.

Deutschlands Recht auf koloniale Betätigung.

Eine Entschlebung des deutschen Kolonialkongresses.

Der Kolonialkongress, der in diesen Tagen in Berlin stattfindet, zeigt ebenso wie die zahlreichen früheren kolonialen Tagungen, daß der Drang nach überseeischer Betätigung in eigenen Kolonien im deutschen Volke nicht erloschen ist, trotzdem es nun schon fünf Jahre her sind, seit man unter erlogenen Vorwänden unseren Kolonialbesitz geraubt hat.

Auch die diesmalige Tagung bewies, daß nicht nur Deutschland einen Anspruch auf seinen früheren Kolonialbesitz hat, sondern daß auch die Bewohner unserer früheren Kolonien ein Interesse daran haben, wieder unter deutscher Herrschaft zu kommen. Die deutschen Grenzen sind seit langem zu eng geworden für das mächtig anwachsende deutsche Volk und es liegt gerade im Interesse einer ruhigen und friedlichen Entwicklung Europas, daß wenigstens ein Teil des deutschen Ueberflusses an Menschen in eigenen Kolonialgebieten ein fruchtbares Betätigungsfeld findet. Andererseits hat aber auch die Erfahrung bewiesen, daß das in Versailles ausgeklügelte Mandatsystem unseren früheren Kolonien keineswegs zum Vorteil gereicht und es sind überall Rückschläge in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten, die den besten Beweis dafür bilden, wie verlogen die Versailler Behauptung von der deutschen Unfähigkeit zum Kolonisieren gewesen ist. Wenn Deutschland, was hoffentlich recht bald geschehen wird, Mitglied des Völkerbundes geworden ist, wird eine der ersten Forderungen, die es dort vorzubringen hat, das Verlangen nach Zurückverstattung seines kolonialen Besitzes sein.

Harte Bedingungen für die deutsche Anleihe.

Verhandlungen zwischen Owen Young und der Repko.

Paris, 19. Sept. Die Verhandlungen der Reparationskommission, mit Young, dem Generalzahlungsagenten des Dawesplanes, sowie mit den Kommissären für die verbündeten Einkommensquellen dauern fort. Sie werden vermutlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Obwohl die Reparationskommission keinerlei Kommunikationen herausgibt und sonst alle maßgebenden Stellen sich bezüglich des Inhaltes der Verhandlungen außerordentlich schweigsam verhalten, kann der gegenwärtige Stand der Angelegenheiten ungefähr folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit, die deutsche Anleihe von 800 Millionen Goldmark sicherzustellen. Eine Emission der Eisenbahnobligationen ist für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen, da es sich um fünfprozentige Schulverschreibungen handelt und da auf den amerikanischen Märkten erste Papiere sich mit sieben Prozent verzinsen, könnten derartige fünfprozentige Schulverschreibungen höchstens mit einem Emissionskurs von 65 bis 70 aufgelegt werden. Unter diesen Umständen will man zunächst die 800-Millionen-Goldanleihe auflegen, welche mit acht Prozent verzinslich sein soll und zum Kurse von 90 aufgelegt wird. Man glaubt, daß Deutschland diese Anleihe bald vollständig oder teilweise zurückkaufen wird. Es werden dann nach der Ansicht Youngs einige kleinere deutsche Anleihen unter günstigeren Bedingungen platziert werden können. Erst wenn die Bedingungen, die der deutsche Kredit auf den internationalen Märkten erzielen kann, sich ungefähr sechs Prozent nähern, kann man an eine Emission der deutschen Eisenbahnobligationen schreiten.

Zum erstenmale wird hier der Schleier, der über den Bedingungen der viel beregten 800-Millionen-Anleihe für Deutschland schwebt, etwas weiter gelichtet. Und was man dahinter sieht, ist wenig erfreulich. Bisher wurde von einer 7 bis 8 prozentigen Verzinsung, die Deutschland auferlegt werden sollte, gesprochen. Schon ein solcher Satz erschien angesichts der Garantie, mit denen der Wortlaut und Sinn des Dawes-Entwurfes und der Londoner Protokolle diese Anleihe ausstatten, bedauerlich hoch. Wenn man diese kleine 800 Millionen-Anleihe und ihren Zinsendienst schon als gefährdet ansieht bezw. sie als schlechtestes Papier des Weltanleihemarktes klassiert, dann dokumentiert man dadurch sozusagen, wie gering man die Durchführbarkeit der anderen doch so viel geringeren Bedingungen des ganzen Dawesplanes veranschlagt. Während nur 720 Millionen Goldmark auskommen, ist die Summe von 800 Millionen Goldmark zu verzinsen und dafür im Jahre 64 Millionen Goldmark zu entrichten sind. Das ergibt eine reale Verzinsung von fast 9 Prozent. Der Annahme, daß Deutschland die 800-Millionen-

Anleihe bald zurückkaufen werde, lassen die schweren Auflagen des Dawes-Planes, mit denen Deutschland belastet ist, gar wenig Raum.

Die Kontrollkommission an der Arbeit.

Berlin, 19. Sept. Nach den Dispositionen der interalliierten Militärkontrollkommission wird heute nach den Ueberland- und Herbstmanövern mit der Abschlußkontrolle bei der Reichswehr begonnen werden. Die Besuche der verschiedenen Unterkommissionen werden zunächst den höheren Kommando- und Stäben der Reichswehr gelten. Eine Kontrolle der Mannschaftsquartiere kommt voraussichtlich nicht in Frage. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat sich die bisherige Tätigkeit der Kontrollkommission in allen Teilen des Reiches nach außen und innen reibungslos und fast unbemerkt vollzogen. Neben zahlreichen früheren Rüstungsfabriken sind auch verschiedene Munitionsdepots der Marine, so vor allem in Kiel, kontrolliert worden.

Zur Verfertigung der „Lusitania“.

Washington, 19. Sept. Die amerikanische Kommission für Schadenersatzsprüche hat in der Frage der „Lusitania“ eine interessante Entscheidung getroffen. Die amerikanischen Versicherungsgesellschaften, die für den Verlust der „Lusitania“ aufkommen mußten, sind mit ihren Ansprüchen auf Entschädigung durch die deutsche Regierung von der Kommission abgewiesen worden. Die Kommission hat entschieden, daß die deutsche Regierung nicht vorläufig den einzelnen Individuen hat Schäden zufügen wollen. Dagegen gewährt die Kommission andere Ansprüche gegen die deutsche Regierung im Gesamtbetrag von 65 Millionen Dollar.

„Für uns“.

Dem Pariser Blatt „Deuore“, das von den deutschen Linksparteien seit Jahren immer als eine der Hauptstimmen für die Meinung in Frankreich vorgeführt wurde, weil es linksradikal und infolgedessen nicht immer mit Poincare einverstanden war, das aber Herrn Herriot sehr intim verbrüder ist, gibt sein Berliner Vertreter folgendes ammutige Bild von dem Eindruck des Londoner Paktes auf das deutsche Volk:

Das Sonderbarste an der Sache ist: die Deutschen sind zufrieden. Schließlich haben sie ja auch etwas in London erreicht: „Siebzig Prozent von dem, was wir verlangten!“ meint der bescheidene Stresemann. Die Brosamen, die man ihnen von Anfang an überlassen wollte! Was die Dinge betrifft, die man ihnen nimmt, so finden sie deren Hingabe ganz natürlich. Von dieser Seite gesehen, ist der Erfolg von London geradezu glänzend. Besser als jede Sanaktion, besser als jede politische Aufteilung vollendet der Pakt von London den Sieg der Alliierten. Denn was ist in Wahrheit dieser Plan der Sachverständigen? — Einfach die Wegnahme der wichtigsten Domänen, der Reichseisenbahnen und der indirekten Steuern! Die Souveränität des Deutschen Reiches wird um drei Viertel vermindert. Ich nehme als Bewohner von Berlin die Ringbahn und denke dabei: „Auch die gehört uns! Die Leute um mich herum rauchen Zigaretten; darauf zahlen sie Zoll und Steuern — für uns! Sie zahlen für den Zucker, den sie so gerne naschen. Sie zahlen für das Bier — und das ist keineswegs wenig! Sicherlich tritt das nirgends sehr in Erscheinung: ich aber finde es ungeheuerlich. In Versailles hat niemand gewagt, dergleichen Dinge vorzuschlagen, weil man die deutsche Würde nicht antasteten wollte. Heute ist man von solchen Bedenken weit entfernt. Niemand kümmert sich mehr um die deutsche Souveränität oder die deutsche Würde, am wenigsten die Angelsachsen. Und was ihre Feinde nicht tun können oder tun wollen, das machen die Deutschen selbst: sie sind durchaus zufrieden mit dem Ergebnis, sie verlangen gar nichts anderes.“

So sieht man also in Frankreich das deutsche Volk mit seiner Auffassung vom Londoner Pakt, so wird es wenigstens den Pariser vorgeführt. Und wer das Frohlocken der sozialdemokratischen Presse über die Abmachungen von London gelesen hat, kann nicht einmal behaupten, daß der Berliner Vertreter des „Deuore“ im Unrecht wäre. So sieht die Befreiung des arbeitenden Volkes durch die Annahme des Londoner Paktes aus! Merkwürdig ist nur, daß die sozialistischen Blätter diese Auslassung des „Deuore“ nicht ebenso geflissentlich wie frühere als maßgebende Stimme aus Frankreich der deutschen Öffentlichkeit verabreicht hat. Scheinbar scheint man sich doch, dem deutschen Volk vor Augen zu führen, mit welcher diabolischen Schadenfreude es als der Dumme von den Franzosen verlangt wird.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 19. Sept. Vor einigen Tagen sind die Spitzenorganisationen der Beamten an die Reichsregierung herangetreten und haben erklärt, daß mit Rücksicht auf die weitere Stabilisierung der Währung und speziell mit Rücksicht auf das Londoner Abkommen in weiten Kreisen der Beamten eine Gehaltserhöhung für notwendig erachtet wird. Wie wir hietzu erfahren, ist den in Frage kommenden Beamtenorganisationen bedeutet worden, daß eine Gehaltserhöhung gerade infolge des Londoner Abkommens nicht angängig sei, da dieses dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlege. Auch die Beamenschaft müsse gleich allen anderen Staatsbürgern ihr Opfer bringen.

Zur internationalen Konferenz der Arbeitsminister.

Die letzte internationale Arbeiterkonferenz in Genf ließ deutlich die Tendenz des Auslandes erkennen, Deutschland erneut zum Vorkämpfer seines einheitlichen 8 Stundentages zu machen, dessen strenge, schematische Durchführung sich in allen Ländern immer mehr als ein Ding der Unmöglichkeit erwiesen hat. Wenn man sich grundsätzlich einer internationalen Regelung der Arbeitszeitfrage zustimmen muß, so darf sie aber noch weniger als innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften in ein starres Schema gepreßt werden. Das über Gebühr mehrbelastete Deutschland kann unmöglich dieselben sozialpolitischen Lasten tragen, wie die Länder, denen wir tributpflichtig sind. Auch der größte Menschenfreund kommt um diese Tatsache nicht herum.

Unter dem Einflusse dieser letzten Arbeiterkonferenz sind die Arbeitsminister von Deutschland, Frankreich, Belgien und Großbritannien am 8. und 9. September zu einer Ministerkonferenz zusammengekommen. Es wurde hier festgestellt, daß es vor allen Dingen aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf Grund des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des 8 Stundentages zu kommen. Die Konferenz ließ unter dem allgemeinen Eindruck gestanden haben, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu

gelangen. Diese Feststellung kommt, da sie unter Mitwirkung des deutschen Vertreters erfolgt ist, etwas überraschend. Selbstverständlich ist „aus kulturellen und sozialen Gründen“ der 8 Stundentag wünschenswert. Zu dieser Erkenntnis bedarf es keiner internationalen Ministerkonferenz. Aber es handelt sich hier garnicht darum, was wünschenswert, sondern was möglich ist. Deutschland hat neben den Interessen der Arbeitnehmerklasse das Interesse des ganzen Volkes wahrzunehmen. Daß wir aber bei der strengen Beibehaltung der verkürzten Arbeitszeit in der schwierigsten wirtschaftlichen Lage je wieder mit dem Auslande konkurrieren können, ist nicht sicher und hat auch von den Berner Ministern nicht nachgewiesen werden können. Eine größere Freiheit in der Gestaltung der Arbeitszeitfrage den anderen Ländern gegenüber ist für Deutschland eine wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit. Gewiß ist das, menschlich betrachtet, nicht wünschenswert. Aber wie vieles Wünschenswerte ist jetzt bei uns möglich!

Innere und äußere Agitation haben es schließlich erreicht, daß die deutsche Regierung ihre grundsätzliche Zustimmung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gegeben hat. Nun ist allerdings durch die Ratifizierung an sich für uns noch nicht jede Möglichkeit zur Leistung von Mehrarbeit genommen. Es kommt hier viel auf den Geist an, in dem die Artikel ausgelegt und angewendet werden. Vor allem läßt der Artikel 14 Ausnahmen zu. Nach ihm können die Bestimmungen des Uebereinkommens in jedem Lande durch die Regierung im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, welche die Landesicherheit gefährden, außer Kraft gesetzt werden. Wenn sich also herausstellt, daß ohne eine Arbeitsvermehrung die Verpflichtungen des Londoner Paktes nicht erfüllt werden können, so würde eine durch diese Gefährdung deutscher Sicherheit hervorgerufene Arbeitsverlängerung nicht im Widerspruch mit dem Washingtoner Abkommen zu stehen brauchen. Auch sonst scheint die Anpassungsmöglichkeit an wirtschaftliche Schwierigkeiten im Abkommen bis zu einem gewissen Grade gegeben zu sein. In manchen Punkten geht es sogar über das deutsche Arbeitszeitgesetz hinaus. So sind von der 8stündigen Arbeitszeit alle nichtgewerblichen Arbeiter ausgenommen. Ebenso ist alle Arbeitsbereitschaft nicht mit einbegriffen. Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben mit Schichtwechsel kann bis 56 Stunden in der Woche verlängert werden. Auch Personen, welche „die Aufsicht führen oder eine leitende Stelle oder eine Vertrauensstelle innehaben“ sind nicht an den 8 Stundentag gebunden.

So scheint es wohl möglich zu sein, daß Regierung und Reichstag auf Grund der Ratifizierung ein neues Arbeitsgesetz ausarbeiten, das mit den Erfordernissen unserer Wirtschaft nicht allzusehr im Widerspruch steht, wenn im Auslande der Geist, der auf der Genfer Arbeitskonferenz zu Tage trat, vernünftiger Einsicht Platz macht. Freilich kann man das nicht vom Auslande erwarten, solange im eigenen Lande den Arbeitern von ihren Führern jede notwendige Abweichung vom 8 Stundentag als unbillige und unnötige Härte dargestellt wird.

Baden.

Schwarz-Rot-Gold und der „Fall“ Hellpach.

Karlsruhe, 17. Sept. Die Tatsache, daß die badische Regierung bei der Bannerweihe der Karlsruher Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht vertreten war, hat dem sozialdemokratischen „Volksfreund“ und dem Hauptorgan des badischen Zentrums, dem „Badischen Beobachter“, Anlaß zu Angriffen auf den derzeitigen stellvertretenden Staatspräsidenten des demokratischen Unterrichtsminister Dr. Hellpach, gegeben. In einer amtlichen Notiz war festgestellt worden, daß diese Vorwürfe unberechtigt seien, weil die badische Regierung als solche gar nicht eingeladen war, sondern nur jeder Minister für seine Person. Minister Dr. Hellpach habe schriftlich sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er dieser Einladung nicht folgen könne, weil er sich bereits zur Teilnahme an einer anderen, gleichzeitig stattfindenden Veranstaltung verpflichtet habe. Die an den damals in Urlaub befindlichen Staatspräsidenten Dr. Köhler gerichtete Einladung sei aber dem Unterrichtsminister als seinem Stellvertreter überhaupt nicht zugegangen. Der Karlsruher „Volksfreund“ setzte aber, da ihm die amtliche Erklärung nicht genügte, seine Vorwürfe gegen Dr. Hellpach fort. Daraufhin nahm die demokratische „Neue Bad. Landesztg.“ Stellung zu der Angelegenheit und erklärte in ihren Ausführungen, es sei zu vermuten, daß es sich um eine wohlüberlegte Aktion zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bezw. zwischen den beiden die Interessen der beiden Parteien vertretenden Blättern handle. Der „Volksfreund“ erklärt eine solche Vermutung für vollkommen falsch. Die Angelegenheit gibt der „Neuen Bad. Landesztg.“ aber auch Veranlassung, zu erklären, daß für die demokratische Partei eine Verlängerung der Amtsdauer des jetzigen Staatspräsidenten nicht in Frage kommen könne. Den beiden anderen Koalitionsparteien sei diese Stellung wohl nicht unbekannt. Schließlich erklärt das demokratische Blatt, es dürfe an der Zeit sein, mit den Erörterungen über den „Fall Hellpach“ jetzt Schluss zu machen, wenn man nicht gerade die Absicht habe, die derzeitige badische Regierungskoalition zu zerbrechen.

Aus Nah und Fern.

\* Sinshelm, 20. Sept. (Ermäßigung der Fernsprechgebühren.) Ueber die vor einigen Tagen bereits angekündigte Ermäßigung der Fernsprechgebühren liegt jetzt Einzelheiten vor. Die Ermäßigungen treten, wie bereits mitgeteilt, am 1. Dezember in Kraft. Die Ortsgesprächgebühren die augenblicklich 15 Pfg. betragen, werden bei den ersten 100 Gesprächen 15 Pfg., bei 100 bis 200 Gesprächen 14 Pfg., bei 200 bis 300 Gesprächen 13 Pfg., bei 300 bis 400 Gesprächen 12 Pfg., bei 400 bis 500 Gesprächen 11 Pfg., jedes weitere Gespräch kostet 10 Pfg. Der neue Tarif ist so gestaffelt, daß die Ermäßigung besonders den Vielfachsprechern zugute kommt. Ferner wurden die Ferngespräche über 200 Kilometer ermäßigt. Bei 200 bis 300 Km. soll die Gebühr betragen statt 2,25 Mk. 2,10 Mk., bei 300 bis 400 Km., statt 2,70 Mk. 2,40 Mk., bei 400 bis 500 Km., statt 3,15 Mk. 2,70 Mk., bei 500 bis 600 Km., statt 3,60 Mk. 3,— Mk., bei 600 bis 700 Km., statt 4,05 Mk. 3,30 Mk., bei 700 bis 800 Km., statt 4,50 Mk. 3,70 Mk. Bei größeren Entfernungen beträgt die Ermäßigung 2,6 bis 18 Prozent. Bei Telegrammen tritt keine allgemeine Ermäßigung ein. Es ist beabsichtigt, das Briefstelegramm mit einer Wortgebühr von 10 Pfg. einzuführen. Bei Auslandsstelegrammen wird der Umrechnungssatz des Goldfranken von 90 auf 85 herabgesetzt.

\* Sinshelm, 20. Sept. (Neue Freimarken.) Vom 9. Oktober an, dem Tag der Gründung des Weltpostvereins, sollen

von allen Postanstalten Freimarken zu 10 und 20 Pfg. mit dem Bildnis des Generalpostmeisters von Stephan eine Zeitlang vertreiben werden.

\* Sinsheim, 21. Sept. (Oktob.-Mietpreis 66 Prozent). Gestern nachmittag fand im Wohlfahrtsministerium in Berlin die endgültige Verhandlung über die Festsetzung der Oktobermiete statt.

t Sinsheim, 21. Sept. (Etwas für die Eltern). Es macht sich allgemein unliebsam bemerkbar, daß sich sehr oft die Schuljugend nach Eintritt der Dunkelheit auf Straßen und Plätzen der Stadt recht unangenehm bemerkbar macht.

Waldangelloch, 18. Sept. (Der Turnverein) zog am Sonntag aus, um seinen Bruderverein in Eschelbach zu besuchen. In Eschelbach entspann sich ein hartnäckiger Kampf um den Lorbeer im 10 mal 100 Meter-Stafettenlauf.

Eschelbach, 16. Sept. (Vom Schützenverein). Der hiesige Schützenverein ist bei der gemeinsamen Versammlung der Schützengilde und des Schützenvereins, die gestern tagte, in der Schützengilde aufgegangen.

Bad Rappenau, 19. Sept. (Ernennungen). Oberbahnmeister Meinerz, Vorstand der hiesigen Bahnhofsmeisterei, und Oberbahnmeister Müller, Vorstand der Bahnhofsmeisterei 6 in Mannheim, wurden von der Reichsbahndirektion zum Eisenbahn-Ingenieur ernannt.

Schwiegingen, 19. Sept. (Warnung für Jäger). Bei dem Schießen nach einem Fasan zerbrach dem Jagdhüter Langenbach in Kenzingen das Gewehr. Die sachmännliche Untersuchung ergab, daß Langenbach Patronen mit rauchlosem Pulver verwendet hatte.

Buchen, 17. Sept. (Vereinigung von Gemarkungen). Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Hoffeld (Amtsbezirk Buchen) und der Gemeinde Pflüstringen (Amtsbezirk Tauberhofsheim) abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkungen mit der Gemeinde Pflüstringen mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Flechingen, 19. Sept. (Eingemeindung). Bei den hier unter Vorsitz des Oberamtmanns stattgefundenen Verhandlungen über die Vereinigung der zusammengebauten und wirtschaftlich zusammengehörigen Orte Flechingen und Sickingen zu einem Ortsverband Flechingen kam man zu keinem greifbaren Ergebnis.

Durlach, 19. Sept. (Vom Auto angefahren). Am Sonntag vormittag wurde auf der Straße Durlach-Karlsruhe auf seinem Rad fahrende Bankbeamte Daub von hier von einem Pforzheimer Firma gehörigen Personenauto von hinten angefahren und hierdurch derart vom Rade geworfen, daß er einen doppelten Schädelbruch davontrug.

Karlsruhe, 18. Sept. (Eine Kulturschande). Nicht genug, daß da und dort das Bild des Massenmörders Haarmann ausgestellt wird, als sei er ein großer Zeitgenosse, nicht genug, daß da und dort Haarmann-Hefte zum Kauf angeboten werden, die Filmindustrie will sich diesen aktuellen und sensationellsten Fall nicht entgehen lassen.

Pforzheim, 20. Sept. (Das ausgefetzte Kind). Im "Pforz. Anz." vom 23. August war ein Inserat erschienen, in welchem ein Kind zur Adoption angeboten wird, um es angeblich vor dem Hungertode zu retten.

Stadelhofen (Rechtal), 20. Septbr. (Hopfenente). Gegenwärtig ist hier die Hopfenente voll im Gange. Die warme Bitterung der letzten Tage hat für eine gute Reife beigetragen.

Bodersweier (Amt Rehl), 18. September. (Konflikt im Gemeinderat). Im hiesigen Gemeinderat ist eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit entstanden. Ein Teil der Gemeinderäte weigert sich, den Sitzungen anzuhören, solange nicht die verlangte Bürgerauschüßigung anberaumt ist.

Freiburg, 17. Sept. (Allg. kath. Frauentag). Am Sonntag, den 28. September, am Feste der heiligen Lioba, findet in der Erzdiözese ein allgemeiner katholischer Frauentag statt.

der der christlichen Frau und Jungfrau am Bilde der treuen Mitarbeiterin des heiligen Bonifazius, des Apostels der Deutschen, die bedeutungsvollen religiösen Apostolatsaufgaben vor Augen stellen soll, welche in der heutigen Zeit der katholischen Frauenwelt zufallen.

Freiburg, 19. Sept. (Ein schwerer Zusammenstoß). eines größeren Personenautos mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich auf der Schwarzwaldbahn. Das mit 12 Personen besetzte Automobil wurde von einem Straßenbahnwagen am Hinterrad erfasst, wodurch das Auto ins Wanken kam und umstürzte.

Bellingen (Amt Müllheim), 18. Sept. (Autounfall). In der Nacht vom Samstag auf Sonntag fuhr zwischen Niffer und Homburg auf der jenseits des Rheins liegenden Landstraße ein Automobil in den Kanal, wobei die beiden Automobilinsassen ums Leben kamen.

Grunern (Amt Staufen), 17. Sept. Durch die Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart eines Lokomotivführers wurde am Montagabend ein Unglück vermieden. Bei der Einfahrt des Abendzuges in die hiesige Station stand auf den Schienen ein Holzwagen. Dem Führer gelang es, den Zug etwa 1 Meter vor dem Wagen zum Stehen zu bringen.

Wielbach, 18. Sept. (Weidmannsglück). Jagdpächter Fabrikant Geiler hat im Frieseneck bei Unterdielbach in der Nähe des Jagdhauses ein Wildschwein (Keiler) und einen Hirsch erlegt.

Zogenbach, 19. Sept. (Folgenschwerer Streit). Gelegenheitlich einer Vereinsversammlung kam es hier zwischen einem Vorsteher des Bürgermeisters Schäfer und dem Fabrikarbeiter Krauth um das eines freien Turnvereins zu einem Streit, der sich nachts auf der Straße fortsetzte.

Birmasens, 19. Sept. (Sturz vom Bau). Der 37 Jahre alte Maurer Valentin Junger von hier stürzte von dem Gerüst eines Neubaus auf bis jetzt noch ungeklärte Weise ab und war sofort tot.

Das Geheimnis Kaspar Hausers vor der Lösung?

Berlin, 20. Sept. Das Problem Kaspar Hausers, des vielumfrittenen Findlings, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die ganze Welt beschäftigt hatte und als legitimer Sprößling der damaligen Großherzogin von Baden gilt, ist durch Veröffentlichung in der Boff. Ztg. wieder aufgerührt worden.

Gewerbeschule Sinsheim.

An der Gewerbeschule Sinsheim finden ab 1. Nov. d. J. in den Abendstunden folgende Kurse statt: Vorbereitungskurs für die Meisterprüfung, Kurs für dekorative Schreib- und Plakatschriften, Einführungskurs in graphische Statik und Festigkeitslehre.

Jagd-Verpachtung.

Samstag, den 11. Oktober 1924, nachmittags 1 Uhr wird im Rathaus dahier die Gemeindejagd auf 6 Jahre (Rechtsjahr 1925/1931) öffentlich verpachtet. Der Jagdbezirk (ca. 750 ha) umfaßt die ganze Gemarkung Siegelbach.

Der Gemeinderat:

Wagenbach, Bgmstr. Riemer, Ratshfr.

Neue Most- und Weinfässer

1 Waggon Fässer von 200 Ltr., 1 Waggon gebrauchte Weinfässer von 600 Ltr. empfiehlt zu billigsten Preisen Friedr. Petri, Küferei, Sinsheim.

Rheinische Handelsbank A. G.

Filiale Sinsheim-Elsenz, Telefon 168, Postcheckkonto Karlsruhe 76 009. Höchste Verzinsung von Spareinlagen unter Garantie der Wertbeständigkeit auf Dollargrundlage.

die die ganze Lösung des Rätsels enthüllen. Es ist zu vermuten, daß diese Dokumente publiziert werden, da die Rücksicht auf die badische Dynastie, die noch Bismarck in seinen Memoiren anfänglich einer Bemerkung über Kaspar Hausers glaubte nehmen zu müssen, heute als nicht mehr bestehend betrachtet wird.

Paris, 19. Sept. (Ein Tunnel eingestürzt). Auf der Prinz-Heinrich-Bahn unweit Arlon, auf belgischem Gebiet, ist gestern ein Tunnel von 1200 Meter Länge eingestürzt, nachdem eben ein Zug den Tunnel passiert hatte.

Tokio, 19. Sept. (Ein neues Erdbeben). Die Stadt wurde heute durch einen heftigen Erdstoß, dem stärksten seit der Zerstörung Saasas, in Aufregung versetzt. Viele Hunderte flüchteten auf die Straße, doch wurde kein Schaden angedichtet, außer daß einige seismographische Instrumente des meteorologischen Observatoriums zerbrachen.

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for 'Anleihen', 'Bankaktien', 'Bergwerks-Aktien', 'Aktien industr. Unternehmungen', 'Weisen', 'Schweinemarkt', 'Gute Verzinsung', '180 Goldmark', 'Mädchen', 'Bekanntmachung', 'Zu verkaufen', 'Violin- u. Klavierunterricht', 'Türen', 'Dixin', 'beim Waschen', 'Schürzen'.

Bruchsal, 20. Septemb. Angefahren wurden 218 Milchschweine und 42 Läufer. Verkauft wurden 162 Milchschweine und 35 Läufer.

Gute Verzinsung

erhält Selbstgeber für 300 Goldmark Darlehen. Prompte Rückzahlung 30. III. 25 bei guter Sicherheit. Angebote unter Nr. 872 an den Landboten erbeten.

Mädchen

Apotheke Weckesheim. Bekanntmachung. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Goldmark und Dollar lautende wertbeständige Notgeld der deutschen Reichsbahn mit den Ausgabearten vom 23. Okt. 1923 und vom 7. November 1923 mit Wirkung vom 15. September 1924 und einer Einlösungssfrist bis einschließlich 15. Oktober 1924 aufgerufen.

Zu verkaufen:

1 eigene Treppe 20 Stufen, 1 fast neuer Badeofen, 1 Zinkbadewanne, 3. Doll, Sinsheim. Violin- u. Klavierunterricht erteilt konfessionell gebild. Lehrer. Anmeldungen sind zu richten unter Nr. 873 an den Landboten, oder an Herrn Reichgeher in Eppingen.

Türen

Futter u. Bekl., Glas- u. Haustüren, Fenster verglast, Klappläden, Fußböden billigst. Vorratslager, solide Arbeit. Preisliste gratis. Herm. Schmitt & Co. Türen-Industrie Mannheim 2, Keppelerstraße 42.

Dixin

macht Dir das Waschen leicht - es ist in Güte unerreicht; beim Waschen Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!

Schürzen

Große Auswahl fertiger Schürzen wie Haus-, Träger-, Kleider-Schürzen, Servier- und Trauerschürzen, Zierschürzen und Kinderschürzen in allen modernen Formen und Stoffen. E. SPEISER Sinsheim Pforz 12.